

a) Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle, den Zuschlag erteilende Stelle sowie Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind:

a1) Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle (Vergabestelle):

Name [Landkreis Rostock, Eigenbetrieb Abfallwirtschaft](#)
Straße [An der Schanze 9](#)
PLZ, Ort [18273 Güstrow](#)
Telefon [0 38 43 75 57 02 20](#) Fax
E-Mail anna.penkova@lkros.de Internet www.abfall-lro.de

a2) Zuschlag erteilende Stelle:

[Vergabestelle, siehe oben](#)

a3) Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind:

Adresse für elektronische Angebote <https://www.subreport.de/E86423474>

Anschrift für schriftliche Angebote

b) Vergabeverfahren: Öffentliche Ausschreibung, UVgO

Vergabenummer [7011-02-P-2025](#)

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

Zugelassene Angebotsabgabe

- ☒ elektronisch
 ☒ in Textform
 ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel.
 ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel.
☐ schriftlich

d) Art, Umfang sowie Ort der Leistung (z.B. Empfangs- oder Montagestelle):

Ort der Leistung: [18273 Güstrow](#)

Art der Leistung: [Transport von Restabfällen von Umschlagsanlagen zur Abfallbehandlungsanlage im Landkreis Rostock](#)

Umfang der Leistung:

[Gegenstand der Leistung ist der Transport der im Landkreis Rostock anfallenden Restabfälle von den Umschlagsanlagen zur Abfallbehandlungsanlage in Rostock.](#)

[Die Umschlagsanlagen werden von der Veolia Umweltservice Nord GmbH betrieben und befinden sich an zwei Standorten:](#)

[1. Bad Doberan, Am Waldrand 12](#)

[– Anteil an der Gesamtmenge der zu transportierenden Restabfälle: 37%](#)

[2. Karow, Gewerbegebiet 6](#)

[– Anteil an der Gesamtmenge der zu transportierenden Restabfälle: 63 %](#)

[Die Behandlungsanlage, zu welcher der Restabfall zu transportieren ist, befindet sich an folgender Adresse:](#)

[Veolia Umweltservice Nord GmbH, Niederlassung EVG](#)

[Betriebsstätte Mechanisch-Biologische Abfallbehandlungsanlage \(BS MBA\)](#)

[Ost-West-Straße 22,](#)

[18147 Rostock.](#)

[Der Auftragnehmer ist für die ordnungsgemäße Durchführung des Transports von Restabfall verantwortlich. Dabei sind alle geltenden gesetzlichen Vorgaben sowie die Anforderungen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers einzuhalten.](#)

[Das im Rahmen dieses Auftrags zu transportierende Restabfallaufkommen im Landkreis Rostock beträgt jährlich etwa 33.000 Megagramm \(Mg\).](#)

e) Aufteilung in Lose:

- ☒ nein
☐ ja, Angebote sind möglich
☐ nur für ein Los
☐ für ein oder mehrere Lose

☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

f) Zulassung von Nebenangeboten:

- ☒ nein
☐ ja

g) Ausführungsfrist:

01.01.2026-31.12.2027

h) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen:

Vergabeunterlagen werden

- ☒ elektronisch zur Verfügung gestellt unter:
<https://www.subreport.de/E86423474>
☐ nicht elektronisch zur Verfügung gestellt. Sie können angefordert werden bei:

☐ Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:

- ☐ Abgabe Verschwiegenheitserklärung
☐ andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

- ☒ nachgefordert
☐ nicht nachgefordert

i) Angebots- und Bindefrist:

Ablauf der Angebotsfrist: am 04.11.2025 um 14:00 Uhr
Ablauf der Bindefrist: am 28.11.2025

j) Geforderte Sicherheitsleistungen:

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen:

Elektronische Rechnungslegung

l) Zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers verlangte Unterlagen:

Folgende Unterlagen zum Beleg der Eignung der Bieter nach § 33 UVgO (wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit) und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach § 35 UVgO (Eigenerklärungen, Angaben) sind mit dem Angebot vorzulegen:

1. Eigenerklärung zur Eignung - Liefer- und Dienstleistungen - Formular 124_LD,
2. Eigenerklärung zur Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen (Formular F1),
3. Bietererklärung – Kleine und mittlere Unternehmen (Formular F2),
4. Referenzangaben zu Leistungen, die mit der zu erbringenden Leistung vergleichbar sind. Vorlage von einem Referenznachweis aus den letzten drei Jahren mit mindestens folgenden Angaben (Formular F3):
 - Nennung des Auftraggebers und des Ansprechpartners (mit Telefonnummer)
 - Beschreibung des Leistungsumfanges
 - Auftragssumme (netto)
 - Ausführungszeitraum
5. Werden Leistungsteile an Unterauftragnehmer vergeben, so sind diese zu benennen (Formular F4),
6. Anzeige zum Sammeln und Befördern von nicht gefährlichen Abfällen – Nachweis entsprechend § 53 Abs. 1 Kreislaufwirtschaftsgesetz in Verbindung mit § 7 Abs. 9 Anzeige- und Erlaubnisverordnung (Kopie).
7. Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherungsdeckung zur Deckung etwaiger Ansprüche aus diesem Vertrag über mind. 0,5 Mio. € je Schadensfall für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Die Betriebshaftpflichtversicherung hat beim Einsatz von Unterauftragnehmern auch Ansprüche aus Auswahlverschulden zu decken.
Der Nachweis kann etwa durch Bestätigung einer Versicherung oder Kopie des Versicherungsscheins erbracht werden. Gleichwertig ist die Vorlage einer Bereitschaftserklärung einer Versicherung zum Abschluss einer solchen Versicherung (Formular F5). Der Abschluss der Versicherung ist zum Leistungsbeginn unaufgefordert nachzuweisen.
8. Soweit der Eignungsnachweis über eine Präqualifizierung erfolgen soll: Angabe der Zertifikatsnummer des Bieters bei der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ-VOL.)

m) Zuschlagskriterien

☐ siehe Vergabeunterlagen

☒ nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:

Der Zuschlag wird nach Maßgabe des § 127 Abs. 1 GWB in Verbindung mit § 43 Abs. 1 UVgO auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Sonstiges:

Der Auftraggeber ist verpflichtet, vor Erteilung des Zuschlages beim Wettbewerbsregister abzufragen, ob der Bieter, der den Auftrag erhalten soll, vom Vergabeverfahren auszuschließen ist (ab einem Auftragswert von 30.000 Euro).

Der Auftraggeber ist gemäß §15 Abs.1 des Tariftreue- und Vergabegesetzes MV berechtigt, Kontrollen bei den beauftragten Unternehmen durchzuführen die nach Maßgabe der abgegebenen Erklärung zu Mindestarbeitsbedingungen bestehen.